

Bundestagsreport

der Landesgruppe Brandenburg

In dieser Ausgabe:

Effektiver Kinderschutz
Durststrecke Europa
Altanschießerbeiträge
Weltatomerbe ASSE
Anbauverbot für Gentechpflanzen

Beihilfe zur
Geldwäsche

ine neue soziale Idee.

Inhalt

Unanständige Großzügigkeit.....
von Wolfgang Nešković	
Kinderschutz ohne Gesamtkonzept.....
von Diana Golze	
Auftakt zum Dreisprung.....
von Thomas Nord	
Altanschießerbeiträge - für Bund offenb
von Dr. Dagmar Enkelmann	
Die Asse - Reise zu einem Weltatomerbe
bei Wolfenbüttel.....
von Sabine Stüber	
Hunderttausend gegen Gentechnik.....
von Kirsten Tackmann	
Pressemitteilungen.....
Anträge, Anfragen & Initiativen
Reden
Kontakt
Impressum



Großzügig

von

Wolfgang Nešković



Im Oktober wird der Bundesrat über ein Steuerabkommen zwischen Schweiz abstimmen. Wie es momentan aussieht, wird die Mehrheit ablehnen. Das ist richtig so. Der von Wolfgang Schäuble mit der Schweiz geschlossene Vertrag ist letztlich nichts als eine weitere Amnestie für deutsche Steuerflüchter. Der Staat zeigt mit dem Steuerabkommen zum wiederholten Mal eine große Gerechtigkeit gegenüber denjenigen, die unser Gemeinwesen um jeden Preis zu schützen wollen.

Das Vertragswerk mit der Schweiz läuft auf eine staatliche Beihilfe für den Infraktret von Milliarden an Schwarzgeld staatlich legitimiert. Diese Quellen sie herrühren. Dieses Geld würde zwar in einer Höhe von jährlich besteuert. Die Kontrolle über den tatsächlichen Geldfluss an den deutschen Finanzamt obliegen. Die Schweizer Banken wären dem Abkommen der Gelder zuständig – diejenigen also, die seit Jahren dem Verdacht der Steuerkriminalität begünstigt zu haben. Zudem sollen deutsche Steuerflüchter nicht nur legalisiert. Der Staat garantiert diesen Betrügern auch Schutz.

Der Schweiz wurde zugesichert, dass deutsche Strafverfolgungsbehörden auf Steuerkriminalität nur sehr beschränkt die Verfolgungsmöglichkeiten dürfen. Deutschland sichert Schweizer Banken zudem Straffreiheit für Staatsverträge die Möglichkeit genommen, ernsthaft und entschlossen deutscher Steuerkriminalität nachzugehen. So ist beispielsweise die Zahl der deutschen Behörden stellen können, von vorneherein begrenzt.

Hinzu kommt: die tatsächliche Höhe des Geldflusses an das deutsche Finanzamt. Schweizer Banken zahlen lediglich zwei Milliarden Euro Vorauszahlung. Obwohl dieser ursprünglich deutlich mehr verlangt hatte. Hierdurch ist es gekommen, für alle Schwarzgeldkonten auf volle Nachzahlung zu drängen hat diesbezüglich keine ausreichenden Kontrollmöglichkeiten. Er gibt seine Unterstützung an diejenigen ab, die Misstrauen verdienen: die Schweizer Banken.

Diese Form einer Steueramnestie ist ein unanständiges Belohnungskriterium und ihre Schweizer Helfer Deutschland rühmt sich, die

Kinderschutz ohne Gesamtkonzept

von Diana Golze



A Fachdebatte zum Entwurf eines Kinderschutzgesetzes. Deutlich im Vordergrund steht die Forderung nach einer Entwicklung im Verständnis um dringend notwendige Veränderungen

Doch trotz wesentlicher Verbesserungen gegenüber dem Entwurf bleiben auch mit diesem Entwurf viele Anforderungen Kinderschutz unerfüllt bzw. die vorgesehenen Maßnahmen in Mangel. Dieser Grundgedanke des Definierens von Problemlagen ohne vorgegebene Lösungen vorzulegen, ist aus Sicht der LINKEN das große Defizit. Etwa bei dem, was die Ministerin Schröder eine deutliche Stärkung nennt.

In einem Modellprojekt des Bundes sollen 120 Millionen Euro über Bundesmitteln zur Verfügung gestellt werden, um 5-10% der Eltern „Problemfamilien“ werden könnten. Abgesehen davon, dass für die betroffenen Familien eine umfassendere und vor allem dauerhafte Lösung notwendig wäre, bestünde gerade bei einem so niedrigschwelligem persönlichen Hilfeangebot die Notwendigkeit, es nicht an ein bürokratisches Bedarfsorientiertes Angebot zu reduzieren, sondern diesem Angebot durch einen stigmatisierenden Grundcharakter zu nehmen.

Darüber hinaus hilft man so klammheimlich der Berufsgruppe der Sozialarbeiter, bei der mehr als fraglich ist, ob diese die gesetzlichen Regelungen gewachsen sein kann. Denn die Notwendigkeit der verschiedenen Sozialgesetzbücher findet im Kinderschutz nicht nur DIE LINKE, sondern auch die Fachwelt stark kritisiert.

Eines zieht sich wie ein roter Faden durch den gesamten Gesetzestext: Die Rahmenbedingungen für eine ganz Gruppe unserer Kinder - fest, ohne dass er ihnen eigene Rechte einräumt. Der notwendige Beratungsanspruch für Eltern muss ein Rechtsanspruch sein, der die Unterstützung für Kinder folgen. Im Vordergrund eines guten Kindeswohls stehen.

Wer wie die Bundesregierung Kinder auch im Jahr 2011 noch nicht als Rechtsträger anerkennt, sondern sie vielmehr immer noch als Objekt von Rechtsansprüchen ihrer Eltern macht, hat die Zeichen der Zeit überall stattfindenden Debatten um Kinderrechte als Grundrecht. DIE LINKE bleibt dabei: Wer Kinderschutz will, kann sich der Aufgaben nicht ins Grundgesetz nicht verweigern! Dies wird DIE LINKE in einer



Auftakt zum Dreisprung

von **Thomas Nord**

Sondergipfel des Europäischen Rates verabschiedet. Es ist unstrittig, dass der Europäische Rat und damit auch die Bundesregierung den grundlegenden Konstruktionsmangel der Euro-Zone damit nicht beheben, sondern lediglich Zeit für politisches Handeln gekauft haben.

Die Zeit wurde zunächst für die Vortäuschung einer normalen parlamentarischen Sommerpause verwendet, in der die Märkte weiterhin unreguliert auf den Bankrott einzelner Staaten und auf das Zerbrechen der Eurozone spekulieren konnten. Nach über zwei Monaten und zwei weiteren Landtagswahlen hat der Bundestag in dieser Woche die Beschlüsse des Europäischen Rates umgesetzt. Aber die im Juli beschlossene Haftungssumme und die Instrumente der EFSF reichen Ende September längst nicht mehr aus, es war eine teure Sommerpause, in der die Bundesregierung ein denkwürdiges Theater der politischen Uneinigkeit inszeniert hat.

Zeit zu kaufen heißt in der aktuellen Krise, Gewinngarantien für Banken und Spekulanten zu geben. In Fachkommentaren war bereits vor der Abstimmung klar, dass die Garantiesummen angesichts des zweimonatigen Rückstandes nicht ausreichen, es wird über zusätzliche Instrumente und die Vervielfachung der Kreditsumme bis zu einer Höhe von 2 Billionen Euro gesprochen. Wenn 780 Milliarden für den EFSF eine Haftungssumme von 211 Milliarden für den Bundeshaushalt bedeuten, bedeutet das bei zwei Billionen bei glei-

tigte Urabstimmung sein kann und die parteitag zur Euro-Konferenz. Die FDP wird ihren bei 2 % Umfragewertung ihrer Sitzplätze und so wird vermutlich ererkauften Regierung

Eine weitere Notwendigkeit als Voraussetzung des ESM gilt. Debatte meistens um die Verträge über die Verträge 136 im Vertrag über die EU (AEUV), mit der der Artikel 125 außerhalb der EU werden soll.

Die Klausel aus dem Vertrag besagt, dass keine für die Schuldner bereits im April 2011 mit der Bewilligung der Garantie gebrochen. Schließlich nur ein nachträgliches Rechtsbrüche hier noch einmal ein die konservativen. Denn die Einmaligkeit der Schuldbürgung dadurch zum Normalzustand zwischen den Mitgliedern erhoben. Die Abstimmung der EFSF zu einem Dreisprung die Einsicht dämmen die gemeinsame Wirtschafts-

rschließberbeiträge nd offenbar Peanuts



von Dr. Dagmar Enkelmann

Die in Brandenburg versandten Gebührenbescheide für Altanschlüsse für die Wasserversorgung sind wie vor hohe Wellen. Bürgerinitiativen wollen jetzt bis zum Sommer klagen. Auch in den Kommunalparlamenten geht es hoch her, ich sitze jetzt da oben auf der Palme!, lautete meine dramatische Rede. Ausflüchten des Bernauer Bürgermeisters Hubert Handke (CDU) und der Linksfraktion in der Stadtverordnetenversammlung. Gemäß dem Bürgersteuergesetz hatte die Fraktion den Bürgermeister beauftragt, Altanschlüsse für eine Einwohnerversammlung einzuberufen. Die Fraktion befand sich offensichtlich in Erklärungsnot. Eigentlich sei er, der Bürgermeister, zuständig. Auf einer Einwohnerversammlung müsse es um „gemeindefähige“ Angelegenheiten gehen und die könne er nicht erkennen.

Ein Irrtum: Die Stadt Bernau stellt zwei Vertreter in der Verbandsgemeinschaft Wasser- und Abwasserzweckverband (WAV) Pankow. Der Bürgermeister selbst. Geschäftsbesorger des Verbandes ist über die Verbandsgemeinschaft Stadtwerke Bernau GmbH. Am Ende überzeugte die Verbandsgemeinschaft auch die Stadtverordneten nicht. Gegen dessen Stellungnahme wurde sich für den Antrag der LINKEN.

Die Altanschließbeiträge, die viele Bürgerinnen und Bürger für die Wasserversorgung zahlen müssen, sind über fünf Millionen Euro. Die Landesregierung in Brandenburg bisher dafür bezahlt, dass er Einrichtungen auf dem Gelände vor dem 3. Oktober 1990 ans Wasser- und Abwassernetz angeschlossen waren. Die hatte sich der Bund als ein Rechtsnachfolger der DDR übernommen. Auf meine Anfrage hin bestätigte nun das Bundesfinanzministerium, dass seine Liegenschaften ziemlich anstandslos gezahlt hat. Aus dem Grund hervor, dass vor allem das Bundesverteidigungsministerium in der DDR zahlers griff und 3,22 Millionen Euro an Brandenburger Wasserwerke zahlte. Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben stellte 1,83 Millionen Euro bei.

Mich erstaunt die Zahlungsbereitschaft schon, gerade weil man sonst immer auf die Sparzwänge im Haushalt pocht und geltend macht, dass jeder Cent dreimal umdreht. Der Bund sollte besser den Kopf stecken in Brandenburg zur Seite stehen und sich an den Verfassung

DIE AUBU iem Weltatmerbe bei Wolfenbüttel

von **Sabine Stüber**



aufpASSEn e.V. erwartet. Das sind hochengagier-
te Menschen aus der Region, die Unterstützung
von uns Parlamentariern erwarten. Sie fordern
umfassende Aufklärung, nachdem sie sich lan-
ge Zeit hinter Licht geführt fühlten. Selbst die
Betreiber wissen nur wenig darüber, was in den
zurückliegenden vierzig Jahren da unten im Berg
passiert ist. Eines ist jedoch klar: Es sickert ra-
dioaktiv belastetes Wasser aus dem Hügel.

Passiert ist und auch, wie wenig die Betreiber
selber über den eingelagerten Atommüll wis-
sen. Es sickert radioaktiv belastetes Wasser aus
dem Berg.

Die Menschen sind verunsichert, es ist ihr zu
Hause, um das sie bangen, seit das Ausmaß
der Gefahr bekannt wurde. Das machen sie den
Abgeordneten auch mit ihren Gastgeschenken,
einer Flasche mit Assewasser und einem großen
gelben Holz-A deutlich. Es bedeutet AufpASSEn
und das wollen die Menschen. Das gelbe A ist an
vielen Häusern und in den Gärten der umliegen-
den Orte zu sehen und erinnert an den Protest
brandenburger Dörfer gegen die CCS - Einlage-
rung.

Das A steht auch für Antworten, die immer
noch ausstehen. Hat die erhöhte Zahl von
Kreislauferkrankungen in der Region um die Asse
mit dem Atommüll-Versuchs-Endlager Schacht-
anlage Asse II zu tun?

Wer ist verantwortlich für jahrelange Schlam-
perei und Ignoranz der Gefahrenanzeichen
im Berg? Auf diese Fragen will die Bundesregie-
rung bisher nicht antworten. Die Akten liegen
unter Verschluss und werden selbst einem Un-
tersuchungsausschuss des Landtages von Nie-

erfolgen soll. Der A
dem Berg. Wohin, i
das überhaupt gelin
zeit zu einem Wass
und das ist die Not
samte Grubenhothirä
verfüllt werden, wa
bezeichnet wird.

All das wurde den
Auntertage genau
Nur die Fragen, die
genommen wurden
wortet.

Alle Abgeordnete
A sind sich einig, s
unterstützen. Sie ha
de Aufklärung, dafü
Eine Einladung in de
destages ist unterw

Zum Hintergrund:

Die Asse ist, zum
chenreicher Wa
bei Wolfenbüttel in
Erde ist die Asse eir
von 1906 bis 1964
1967 wird die Scha
Endlager für Atomm
125.000 Fässer sch
Abfälle aus Kernkraft
Forschung in 12 Sal

War eine Kamm
aufgefüllt und
bewegt sich und sch
ser in den Schacht.

von Kirsten Tackmann

100.000 Menschen haben eine Pe-
tition für eine Verschärfung des
Zulassungsverfahrens für gentech-
nisch veränderte Pflanzen (GVP)
unterstützt. Ihnen reichen die jet-
zigen Regelungen zum Sicherheits-
check für Pflanzen aus dem Genla-
bor nicht aus. Man dürfe kein Risiko
eingehen, wenn Fehler nicht wieder
gutzumachen sind. Einmal freigelas-
sen, könnten sich GVP selbst weiter
verbreiten. Die Bundesregierung soll
sich in Brüssel gegen weitere Zulas-
sungen von Gentech-Pflanzen ein-
setzen.

Bundesministerin Aigner soll sich
für die gentechnikfreien Regio-
nen in Deutschland stark machen.
Ein regionales Anbauverbot von
Gentech-Pflanzen fordert der Petent
von der Bundesregierung. Doch die-
se tat am Montag ganz entspannt
und konnte den Wirbel um die Agro-
Gentechnik nicht nachvollziehen.

Der parlamentarische Staatsse-
kretär, Peter Bleser (CDU), er-
klärte, der Bundesregierung seien
keine Schäden bei Mensch oder
Umwelt durch GVP bekannt. Mei-
ne Kolleginnen Sabine Stüber und
Ingrid Remmers fragten nach. Da-
raufhin verwies die Expertin vom
Bundesamt für Naturschutz auf un-
zählige Studien, die negative Effek-
te der GVP beschreiben. Meist sind
so genannte Nicht-Ziel-Organismen
betroffen. Viele Gentech-Pflanzen
bilden ein Gift gegen blattfressen-

Die U-
tärst-
nissen i-
verwies
Hektar
Gentech-
breitet
sein wä-
Und er
vermen
der Agr-
den Ris-
scher P-
weise z-
Käse-La-

Die
Agr-
Risiken
nologie
im Freil-
LINKE
fordert
technik
urteilte
dass m-
810 kor-
kauft w-
ist also
Schutz
wirtsch-
werden

Eine
EU-z-
BÖLW fi-



Schmalzl hat von Anfang an gezeigt, dass die Justizministerin sich nicht mit der notwendigen politischen Sorgfalt um die Auswahl eines geeigneten Kandidaten gekümmert hat.

„Das Amt des Generalbundesanwalts (GBA) darf nicht weiter beschädigt werden. Der nächste Vorschlag für den Posten des GBA muss fachlich wie persönlich ohne Fehl und Tadel sein. Eine nassforstige Übernahme bestimmter Karriererepositionen allein reichen nicht aus, um dem Anforderungsprofil des Spitzenpostens zu genügen.“



Ähnlich wie der FDP die Senkung der Mehrwertsteuer für Hoteliers nachhängt, wird dieser persönliche politische Fehlgriff das rechtspolitische Image von Frau Leutheusser-Schnarrenberger dauerhaft beschädigen“, erklärt Neskovic, Justiziar der Fraktion DIE LINKE und Bundesrichter a.D., an-



Hintergrund:

- Sie erhielt als erste Frau Afrikas 1971 den Dokortitel an der Universität von Nairobi;
- 1977 gründete sie in Kenia das Green Belt Movement (Grüner Gürtel) gegen die Abholzung der Wälder und für die Anpflanzung von Bäumen zur Verminderung der Bodenerosion und zur nachhaltigen Versorgung der armen Bevölkerungsschichten mit Brennholz.

Zum Tod der „Mutter der Bäume“

Die kenianische Friedensnobelpreisträgerin Wangari Maathai, die Umwelt- und Naturschutzpionierin Afrikas, ist am 25.09.2011 mit 71 Jahren an einer Krebserkrankung gestorben.

Seit 1977 kämpfte sie gegen die Abholzung der Wälder in Kenia und pflanzte mit anderen Frauen seither etwa 30 Millionen Bäume. Sie kämpfte aber auch für die Rechte der Frauen und für Meinungsfreiheit in ihrem Land.

„Eine faszinierende und starke Frau, die viel erreicht hat für ihr Land. Ihr Tod ist nicht nur ein Verlust für Afrika, es ist auch ein Verlust für uns alle“, sagt die Bundestagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE., Sabine Stüber, und ergänzt: „Sie war eine Vorreiterin im Kampf gegen die Zerstörung der Wälder in ihrer Heimat, aber sie war auch die Begründerin der afrikanischen

Regenwälder Ecuadors

Die Regierung des Ecuadors gefährdet die Bundesregierung eine Waldregion mit einer weltweit einzigartigen biologischen Vielfalt und mit seiner Ignoranz gegenüber Beschlüssen des Bundestags verletzten die Entwicklungsmöglichkeiten der Region. Der Umweltausschuss des Bundestags hat diesen Beschluss in der heutigen Sitzung mit Mehrheit erneut bekräftigt. Auch die Bundestagsfraktion der Union hatte sich noch letzte Woche für eine finanzielle Unterstützung des ITT-Projekts als wichtiges politisches Signal ausgesprochen. Entwicklungsminister Dirk Niebel verweigert bislang jedoch eine Förderung dieses Projektes.

Die Bundestagsfraktion der Union sprach sich die Unterstü-

tzung des Regenwaldprojekts aus, heute rudert das unionsgeführte Bundesumweltministerium zurück. zlichen Bundesumweltministerium zeigt sich die Koalition in einem erschreckend desaströsen Rückzustand“, ergänzt die Bundestagsfraktion der Union.

Sabine Stüber, Bundestagsabgeordnete, hat

Die jahrelange Rodung der kenianischen Wälder hatte zu schlechter Bodenqualität und zu einem Mangel an frischem Wasser

Seit 1977 kämpfte sie gegen die Abholzung der Wälder in Kenia und pflanzte mit anderen Frauen seither etwa 30 Millionen Bäume. Sie kämpfte aber auch für die Rechte der Frauen und für Meinungsfreiheit in ihrem Land. „Eine faszinierende und starke Frau, die viel erreicht hat für ihr Land. Ihr Tod ist nicht nur ein Verlust für Afrika, es ist auch ein Verlust für uns alle“, sagt die Bundestagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE., Sabine Stüber, und ergänzt: „Sie war eine Vorreiterin im Kampf gegen die Zerstörung der Wälder in ihrer Heimat, aber sie war auch die Begründerin der afrikanischen

er und Sabine Stüber, für DIE LINKE im schaft (BÖLW) von Anfang an un-
n und Petitionsausschuss, ergänzt: „Der
ntech- Anbau gentechnisch veränderter
at der Pflanzen gefährdet die gentechnik-
gelegt. freie Landwirtschaft und Imkerei.

Wir freuen uns über so viel Zu-
spruch. Wir fordern Bundesag-
rarinministerin Ilse Aigner auf, die
berechtigte Kritik am EU-Zulas-
sungsverfahren aufzunehmen und
sich in Brüssel für eine Verbesse-
rung einzusetzen.

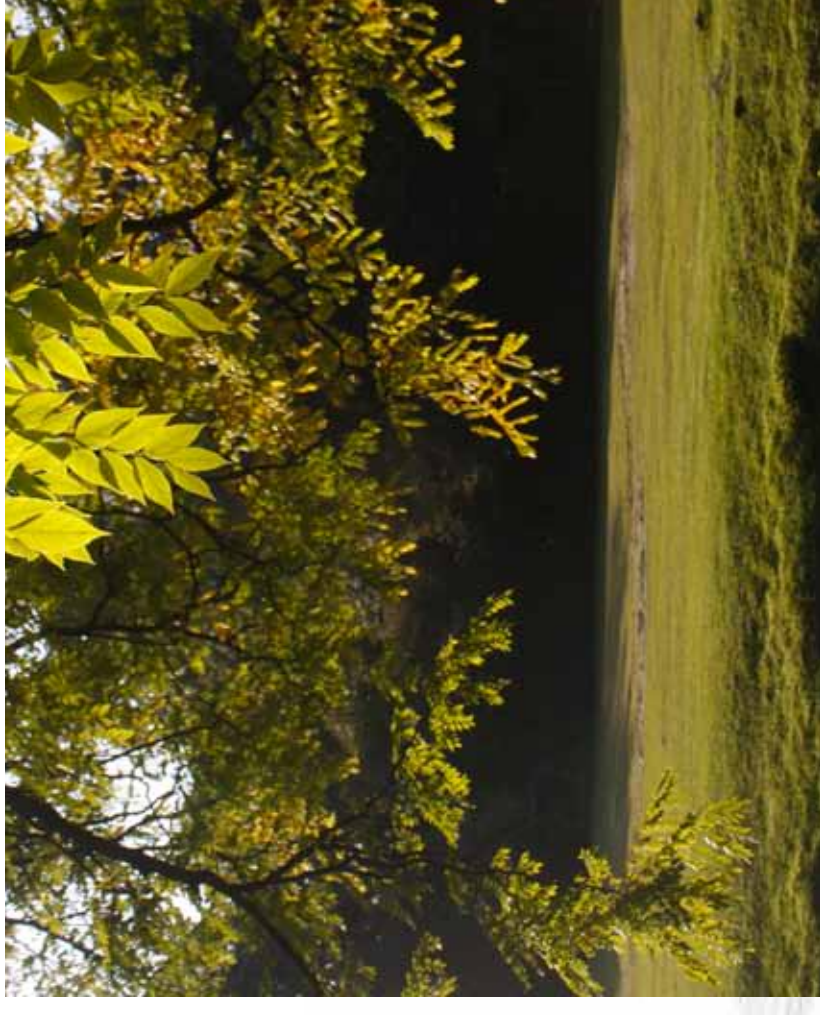
Die gentechnikfreien Regionen sind
rechtlich abzusichern und politisch
zu unterstützen. Sie sind für DIE
LINKE der erste Schritt zu einem
gentechnikfreien Deutschland und

letztlich zu einer gentechnikfreien
EU.“

„Ich freue mich, dass die Kyritz- ein erster Schritt. Die jahrzehnte-
Ruppiner Heide heute endlich in lange militärische Nutzung hat viele pom
eine friedliche und zivile Zukunft Probleme hinterlassen. Sie engen Schu
entlassen wird. die Möglichkeiten für die Umset-
Natu- zung ziviler Konzepte vorläufig ein. Dazu

Ich habe Verständnis für die vom Gerade deshalb ist es wichtig, nun be e
Abzug der Bundeswehr persönlich zügig die machbaren Spielräume zu nich
Betroffenen. Aber für die Demo- eröffnen. Teile des Geländes müs- geht
kratie und die Region ist heute ein sen zügig und naturschonend für
guter Tag,“ kommentiert Dr. Kirsten die einheimische Bevölkerung und Die
Tackmann den endgültigen Abzug ihre Gäste erlebbar gemacht wer- onal
der Bundeswehr aus der Heide, die den. Dazu muss der Bund auch die se d
zum 1. Oktober in den Besitz der finanziellen Voraussetzungen schaf- Der
Bundesanstalt für Immobilienaufga- fen. fentl
ben (BlmA) geht. ner

Die Kyritz-Ruppiner Heide muss in für e
die sanfte touristische Entwicklung und
Tackmann weiter: der gesamten Region Nordbran- Inter
„Der Abzug der Bundeswehr ist nur der



Gruppe zur Korrektur der Überleitung von DDR-Alterssicherungen in bunt

DDR-Alterssicherungen in bundesdeutsches Recht 1991 war auch mit Ungerech-
inierungen verbunden. Wir verlangen erneut, Überführungslücken zu schließen,
prüche anzuerkennen und auf willkürliche Eingriffe in die Rentenformel zu ver-
dern wir die Angleichung des Rentenwertes Ost an West unter Beibehaltung der
soll eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe installiert werden und Regelungen vorschla-

[CHE NR. 17/7029](#)

von Stiefkindern im Leistungsbezug des SGB II und SGB XII garantieren

nen faktisch eine Unterhaltspflicht auf, die jeder zivilrechtlichen Grund-
natische Auswirkungen hat diese Rechtslage bei Kindern in Patchworkfamilien:
mögen von neuen PartnerInnen werden bei dem Kind angerechnet. Ein Anspruch
weigert - auch wenn keine Unterstützung stattfindet. Eine Existenzsicherung des
garantieren.

[CHE NR. 17/7028](#)

stätten nationalsozialistischer Vernichtungslager sicherstellen

Schließung des Museums der Gedenkstätte Sobibor aufgrund finanzieller Proble-
Beachtung gefunden. Aus Sicht der LINKEN gehört die finanzielle Sicherung der
von Deutschland errichteten NS-Vernichtungslager zu den zentralen Aufgaben
olitik. Die Bundesregierung wird aufgefordert sich mit konkreten Hilfsangeboten

[CHE NR. 17/7024](#)

aweit stärken

schwer Böden ist besorgniserregend und die Auswirkungen geschädigter Böden
grenzen hinweg: Versiegelte oder verdichtete Böden können ihre Funktion als
somit als natürlicher Hochwasserschutz nicht mehr erfüllen und durch falsche
an zu einer starken Quelle von Treibhausgasen werden. DIE LINKE fordert die Wei-

Pirateriebekämpfung, Unterstützung autoritärer Regime und die v dem Iran

Die EU bereitet eine Sicherheitssektorreform (SSR) in Oman vor, die die
ratenbekämpfung (Somalia/Indischer Ozean) darstellen soll. Die Klei
Hintergründe der GASP-Mission und die tatsächlichen Unterstützungsle
aufklären.

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/7086](#)

Bombenabwurfplatz auf dem Truppenübungsplatz Baumholder/K

Die Kleine Anfrage der Linksfraktion soll auf die die Gefahr hinweisen
Baumholder im Kreis Birkenwald möglicherweise zukünftig verstärkt vor
den wird und so ein neues „Bombodrom“ entstehen könnte

27.09.2011 ▼

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/7090](#)

Zustand des Bahnhofs Hoyerswerda

Die Entmietung des Bahnhofs Hoyerswerda schreitet voran - Person
nicht mehr. Der Service für die Fahrgäste nimmt weiter ab und Vanc
Linksfraktion setzt sich dafür ein, dass der Bahnhof wieder attraktiver w
Bahn AG verkauft wird.

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/7079](#)

Neue Erkenntnisse über international agierende Spitzel

Im September wurde offenkundig, dass ein vom Schweizer Staatsso
Schüler zunächst das Netzwerk Attac infiltrierte, um darüber Kontakt z
tischen Gruppen zu erlangen. Der Spitzel reiste zum G8-Gipfel in Heilig
regierung zuvor trotz Nachfrage nicht berichtet hatte. Zudem setzt sie
Strafverfolgung des britischen Spitzels Mark Kennedy ein, der in Berlin
Linksfraktion kritisiert dieses Verhalten.

ssungen von Kriegswaffen

en und Institutionen in Deutschland - von der Bundeswehr über die Zollverwal-
ai - haben eigene Genehmigungswege im Zusammenhang mit Kriegswaffen. Für
iwer nachvollziehbar bleibt bei diesen verschiedenen Genehmigungswegen, in
ällen welche Behörde eine Genehmigung erteilen muss oder darf und ob es in
assungen an ausländische Abnehmer überhaupt einer Genehmigung nach KWKG
: Linksfraktion hakt deshalb bei der Bundesregierung nach.

[DRUCKSACHE NR. 17/7049](#)

sellschaftlichen Integration von HIV-positiven Menschen

wicklung im medizinischen Bereich und in der Prävention, sind HIV-positive Men-
erungen und Verarmung konfrontiert. HIV-Positive arbeiten in vielen Bereichen
ch zumeist trauen sie sich nicht mit ihrer Infektion gegenüber KollegInnen und
an umzugehen, da die Erkrankung stigmatisierend wirken kann. Die Fraktion DIE
r Bundesregierung erfragen, wie sie den Mißstand behebt und Teilhabe gewähr-

[DRUCKSACHE NR. 17/7048](#)

ilregion Harz

ative Modellregion Harz“ soll durch die Koordination von Stromerzeugung, -spei-
ich Wege für die Energiewende hin zu erneuerbaren Energien aufzeigen. Die Pro-
das Umweltministerium läuft im September 2012 aus. Aussagekräftige Ergeb-
erhalten bei der Stromnutzung werden aber nur bei längerer Laufzeit erzielt
Linksfraktion fragt nach einer Verlängerung der Projektförderung und bisherigen

[DRUCKSACHE NR. 17/7047](#)

gen nach dem Bundesversorgungsgesetz für Kriegsverbrecher (Nachfrage desregierung auf Drucksache 17/6270)

desversorgungsgesetz geändert: Sämtliche Empfänger einer Kriegsbeschädigten-
mögliche Beteiligung an Kriegsverbrechen überprüft werden. Die Länder haben

zum Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Übernahme von Gew nes europäischen Stabilisierungsmechanismus

DIE LINKE. lehnt den GE auch in seiner geänderten Fassung ab, da
schirm“ ausweitet, als auch dem Bundestag eine effektive Kontrolle d
lehnt den Eurorettungsschirm ab, da dieser ein reiner Bankenrettungss
die Krise vertiefen. DIE LINKE. fordert einen wirtschaftspolitischen Ku
Krisenursachen und eine umfassende parlamentarische Kontrolle der ,

[ENTSCHLIESSUNGSANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/7180](#)

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Übernahme Rahmen des europäischen Stabilisierungsmechanismus

Die Bundesregierung wird aufgefordert: 1. noch vor der Ratifizierung
schirms eine verbindliche Garantieerklärung darüber abzugeben, dass
tungsschirms Löhne, Renten und Sozialleistungen nicht gekürzt, Steue
rinnen und Bürger zu tragen haben, nicht erhöht werden und das Ge
sicher ist. 2. zur Finanzierung der Krisenkosten eine Vermögensteuer e

29.09.2011 ▼

[ÄNDERUNGSANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/7221](#)

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Beherbergungsstatist statistikgesetzes

Zur Förderung des barrierefreien Tourismus ist erforderlich, auch die A
er Hotelbetten und -zimmer zu kennen. Diese (zusätzliche) Information
KEN mit Blick auf die UN-Behindertenrechtskonvention – künftig über
eingefordert werden.

28.09.2011 ▼

[ÄNDERUNGSANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/7179](#)

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Übernahme Rahmen des europäischen Stabilisierungsmechanismus

DIE LINKE. lehnt den Gesetzentwurf auch in seiner geänderten Fassun
tunesschirm“ ausweitet, sondern auch eine effektive parlamentarische

en auf ihre Grundrechte!

ass sich der Blick auf die Kinder in unserer Gesellschaft
ränderten Blick auf die Kinder merken wir natürlich auch,
or uns liegen. 1992 Marlene Rupprecht hat es gesagt wur-
antion durch die Bundesrepublik ratifiziert. Das ist ziemlich
d ist heute nach wie vor weit davon entfernt, ein wirklich
ein.

ur 29.09.2011

Erklärung zur Ausweitung des Euro-Rettungsschirm

Änderung des Gesetzes zur Übernahme von Gewährleis-
opäischen Stabilisierungsmechanismus aus zwei Gründen

mann 29.09.2011

Erklärung Dr. Kirsten Tackmann, MdB nach § 31 GO ichen Abstimmung: Erweiterung Euro-Rettungsschirm Bundestag)

erung des Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen
nen Stabilisierungsmechanismus ab. Als Abgeordnete der
sh, denn ich will eine soziale und solidarische europäische
Ziel wird der erweiterte Rettungsschirmes nicht gerecht.

▶ weiterlesen [HIER](#)

▶ weiterlesen [HIER](#)

▶ weiterlesen [HIER](#)

Sabine Stüber



Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72138
Telefax: (030) 227-76138
E-Mail: sabine.stueber@bundestag.de

Wahlkreisbüro Eberswalde

Breite Straße 46
16225 Eberswalde
Telefon: (03334) 385155
Telefax: (03334) 385156
E-Mail: sabine.stueber@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro Prenzlau

Diesterwegstr. 1
17291 Prenzlau
Telefon: (03984) 8621862
Telefax: (03984) 8621863
E-Mail: sabine.stueber@wk2.bundestag.de

Thomas Nord



Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72675
Telefax: (030) 227-76675
E-Mail: thomas.nord@bundestag.de

Wahlkreisbüro in Frankfurt (Oder)

Zehmeplatz 11
15230 Frankfurt (Oder)
Telefon: (0335) 869 508 31
Telefax: (0335) 869 508 32
E-Mail: thomas.nord@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro in Fürstenwalde

Eisenbahnstraße 146, 1.OG
15517 Fürstenwalde/Spree
Telefon: (03361) 34 26 18
Telefax: (03361) 34 26 24
E-Mail: thomas.nord@wk2.bundestag.de

Diana Golze



Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72329
Telefax: (030) 227-76329
E-Mail: diana.golze@bundestag.de

Wahlkreisbüro Rathenow

Märkischer Platz 2
14712 Rathenow
Telefon: (03385) 494521
Telefax: (03385) 494522
E-Mail: diana.golze@wk.bundestag.de

Bürgerbüro Belzig

Str. der Einheit 53
14806 Belzig
Telefon: (033841) 32547
Telefax: (033841) 43880
E-Mail: diana.golze.lt02@bundestag.de

Bürgerbüro Brandenburg

Altstädtischer Markt 2
14770 Brandenburg an der Havel
Telefon: (03381) 211789
Telefax: (03381) 229961
E-Mail: brb@diana-golze.de

Bürgerbüro Jüterbog

Große Str. 62
14913 Jüterbog
Telefon: (03372) 432691
Telefax: (03372) 432691

Wolfgang Nešković



Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72065
Telefax: (030) 227-76468
E-Mail: wolfgang.neskovic@bundestag.de

Wahlkreisbüro Cottbus

St...

Alle Artikel gibt es auch online als Reintext zum
komfortablen Ausdrucken. Klicken Sie einfach links auf das Bild!
Der nächste Bundestagsreport erscheint am 21.10.2011



Impressum

Deutscher Bundestag • Fraktion DIE LINKE • Landesgruppe Brandenburg
V.i.S.d.P.: Thomas Nord, MdB; Platz der Republik 1; 11011 Berlin
Tel.: (030) 227 - 72675; Fax: (030) 227 - 76675; E-Mail: thomas.nord@bundestag.de